

Kroatien

Siniša Kusic

Die unerwartete Verschiebung des für den 17. März 2005 anberaumten Beginns der EU-Beitrittsverhandlungen beendete zunächst den bemerkenswerten Aufholprozess in Richtung EU, den Kroatien seit Anfang 2000 eingeschlagen hatte und der sich in nachholender Demokratisierung und Umgestaltung der institutionellen Strukturen manifestierte. Neben der „causa Gotovina“, d.h. der Tatsache, dass sich der gesuchte General Ante Gotovina weiterhin auf freiem Fuß befand, waren es die gescheiterten Referenden zur EU-Verfassung und die zunehmende Erweiterungsmüdigkeit innerhalb der EU, die den Schatten der Ungewissheit über den künftigen Integrationsfahrplan legten. Kroatien verbrachte die Sommermonate 2005 dementsprechend in einer Art Warteschleife, und musste in der Folge sowohl die Chefanklägerin Carla del Ponte als auch die Skeptiker innerhalb der EU von der uneingeschränkten Kooperationsbereitschaft mit dem ICTY überzeugen. Dazu legte Kroatiens Premier Ivo Sanader einen 6-Punkte-Aktionsplan auf, der in Den Haag positiv aufgenommen wurde und dessen Umsetzung von einer Taskforce überwacht wurde.¹ Trotz einiger Erfolge, wie der Umbesetzung wichtiger Posten bei Polizei und Geheimdienst sowie der engeren Zusammenarbeit zwischen kroatischen Behörden und ausländischen Nachrichtendiensten, schienen ohne die Ergreifung des flüchtigen Generals Ante Gotovina – so die Signale noch Anfang Oktober – alle Mühen vergeblich.

Es kam schließlich anders und für einige überraschend: Carla del Ponte bescheinigte Kroatien volle Kooperationsbereitschaft und gab der EU damit grünes Licht für die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen, die am 3. Oktober 2005 sowohl mit der Türkei als auch mit Kroatien eröffnet wurden. Dass es trotz britischer und skandinavischer Bedenken schließlich zur Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit Kroatien kam, ist nicht zuletzt auf das ungewohnt vehemente Auftreten Österreichs zurückzuführen. Wien forderte eine Gleichbehandlung beider Länder, denn wenn der Türkei zugestanden werde, notwendige Auflagen erst nach Beginn der Verhandlungen erfüllen zu dürfen, dann müsse dies auch für Kroatien gelten. So wurde aus der Entscheidung über die Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen mit Kroatien indirekt ein Kräftemessen der jeweiligen Positionen innerhalb der EU. Im Nachhinein zeigte sich, dass die positive Beurteilung der Kooperationsbereitschaft keineswegs überraschend kam, war Den Haag doch bereits im Vorfeld über die Fahndungserfolge kroatischer Behörden unterrichtet, deren präzise Informationen über den Aufenthaltsort des gesuchten Generals wenige Wochen später zu seiner Ergreifung auf den Kanarischen Inseln führten.

Mit der Eröffnung der Beitrittsverhandlungen nahm Kroatien eine wichtige Hürde auf dem Weg in Richtung EU und beendete gleichzeitig den Schwebezustand und die Ungewissheit, in der sich das Land seit März 2005 befand. Die Reaktionen im Lande selbst waren überaus positiv, die Zustimmung zur EU stieg deutlich an, ebenso wie die Popularität des Premiers, dessen Umfragewerte unmittelbar nach dem 3. Oktober in die Höhe

1 Die Taskforce wurde unmittelbar nach Verschiebung des Beginns der EU-Beitrittsverhandlungen eingesetzt, um zwischen dem ICTY und den Verantwortlichen auf kroatischer Seite zu vermitteln und die Qualität der Zusammenarbeit zu beurteilen. <http://www.eu2005.lu/en/actualites/communiqués/2005/03/23conseucro/index.html>.

schnellten.² Stand Ivo Sanader noch während der Sommermonate auf Grund des außenpolitischen Stillstands auch innenpolitisch nicht selten mit dem Rücken zur Wand, verstummten alsbald die Rufe nach vorgezogenen Wahlen auf Grund des außenpolitischen Erfolgs. Ein beruhigendes Signal, denn für die restliche Legislaturperiode braucht das Land alles andere als eine instabile Regierung, die mit jeder anstehenden Reformmaßnahme politische Turbulenzen und womöglich Neuwahlen befürchten muss.

Denn der Reformbedarf ist nach wie vor gewaltig. Insbesondere im Bereich der öffentlichen Verwaltung, der Rechtsprechung, beim Minderheitenschutz sowie der Rückkehr der Flüchtlinge mahnt die EU ein stärkeres Engagement der verantwortlichen Akteure an. Bei den anstehenden Verhandlungen dürften vor allem die Bereiche Landwirtschaft, Umweltschutz sowie Korruptionsbekämpfung noch größere Probleme und Anpassungskosten bereiten, wobei Kroatien – anders als noch während der 1990er Jahre – mit finanzieller und technischer Unterstützung aus Brüssel rechnen und die Kosten der Reformmaßnahmen auf mehrere Schultern verteilen kann. Die einzelnen Arbeitsgruppen innerhalb des inzwischen auf 35 Kapitel angewachsenen Verhandlungsrahmens haben noch im Oktober 2005 mit ihrer Arbeit begonnen. Die Zeit drängt, sämtliche Kapitel des *acquis communautaire* sollen möglichst bis Ende 2008 abgeschlossen sein, um 2009 der EU beitreten zu können.

Wie schnell Kroatien tatsächlich der Beitritt zur EU gelingen wird, hängt auch von der Kooperationsbereitschaft ab, erwartet Brüssel von Zagreb doch ein größeres Engagement und eine aktivere Rolle beim Versuch, in den Ländern des Westbalkans, für Stabilität und wirtschaftlichen Aufschwung zu sorgen. Eine Vermittlerrolle zwischen Brüssel und der Region nimmt Kroatien gerne an, wesentlich zurückhaltender ist man gegenüber neuen Arrangements mit den Ländern der Region, wie der Brüsseler Vorschlag zur Einrichtung einer Freihandelszone „Westbalkan“ zeigt. Auf diesen Anfang 2006 vorgetragenen Vorschlag regierte das offizielle Zagreb zunächst ungewohnt gelassen, um dann mit folgendem Gegenvorschlag aufzuwarten: Da sich die alte CEFTA zur Vorbereitung der mittel- und osteuropäischen Länder auf die spätere EU-Mitgliedschaft bestens bewährt hat, sei es nahe liegend diese auch für die übrigen Länder des Westbalkans zu öffnen, anstatt eine neue Freihandelszone „Westbalkan“ ins Leben zu rufen.³ Die Einbeziehung der Ukraine in eine erweiterte CEFTA würde zudem den Fleckenteppich aus einzelnen kleinen Märkten im Südosten Europas in eine ansehnliche gemeinsame Freihandelszone verwandeln. Mit diesem Konzept trat Ivo Sanader offene Türen ein, sein Vorschlag stieß im weiteren Verlauf, sowohl beim EU-Außenministertreffen in Salzburg im März 2006, als auch in den einzelnen Ländern Westbalkans auf breite Zustimmung und ließ die Rufe nach einer Freihandelszone „Westbalkan“ schnell verstummen. Brüssel mag über soviel Konstruktives aus Zagreb überrascht sein und wird zur Kenntnis nehmen, dass der jüngste Beitrittskandidat durchaus gewillt ist eine aktivere Rolle bei der Ausgestaltung der Region zu spielen und dabei inzwischen an diplomatischer Reife gewonnen hat.

Weiterführende Literatur

- Kusic, Sinisa: Croatia: Advancing Political and Economic Transformation, in: Southeast European and Black Sea Studies, Volume 6, 1/2006, S. 65-81.
- Kusic, Sinisa: Ende der Warteschleife – Kroatien nach Aufnahme der EU-Beitrittsverhandlungen, in: Südosteuropa Mitteilungen, Jahrgang 46, Heft 2, 2006.

2 PULS, Crobarometer, 13.10.2005 unter <http://www.puls.hr>; und Vecernji list, 30.10.2005.

3 Abgesehen davon, dass Kroatien mit Eröffnung der EU-Beitrittsverhandlungen ohnehin gen Westen gerichtet ist, hätte Sanader so manche Mühe, seinen Wählern die Mitgliedschaft in einer Freihandelszone mit der Bezeichnung „Westbalkan“ schmackhaft zu machen, sehen doch laut Vecernji list in einer solchen Freihandelszone etwa 45% der Befragten die Gefahr einer neuen „Jugoslawischen Gemeinschaft“. Vecernji list, 31.01.2006.